

Landtag aktuell

16. Dezember 2010

Sitzung des NÖ Landtages

Der Landtag von Niederösterreich trat heute um 13 Uhr unter dem Vorsitz von Präsident Ing. Hans Penz zu seiner letzten Sitzung in diesem Jahr zusammen.

Die ersten beiden Tagesordnungspunkte wurden bei getrennter Berichterstattung und Abstimmung gemeinsam behandelt:

- Antrag mit Gesetzentwurf der Abgeordneten Mag. Schneeberger, Rosenmaier u. a. betreffend **NÖ Spielautomatengesetz 2011** (Berichterstatter: Abgeordneter Mag. Karl Wilfing, VP)
- Antrag mit Gesetzentwurf der Abgeordneten Mag. Schneeberger u. a. betreffend **Aufhebung des Gesetzes über die Einhebung von Landeszuschlägen zu den Gebühren des Bundes von Totalisateur- und Buchmacherwetten** (Berichterstatter: Abgeordneter Jürgen Maier, VP)

Abgeordnete Dr. Helga Krismer-Huber (G) merkte an, dass im Zusammenhang mit der Spielautomaten- bzw. Glücksspieldebatte die Grünen klare Prinzipien hätten und dem Glücksspiel ablehnend gegenüber stünden. So werde ihre Fraktion sich gegen dieses Gesetz aussprechen.

Abgeordneter Ing. Martin Huber (FP) hielt fest, dass auch seine Fraktion sich gegen das Glücksspiel ausspreche. Immerhin seien zwei Prozent der Erwachsenen glücksspielgefährdet und es gebe nicht genügend Personal zur Kontrolle. Zudem werde in diesem Zusammenhang der Jugendschutz missbraucht.

Abgeordneter Rupert D w o r a k (SP) meinte, dass die Menschen nicht kriminalisiert bzw. in die Illegalität gedrängt werden sollten. Es sei in Niederösterreich gelungen, einen besseren Schutz für die SpielerInnen vorzunehmen, als Beispiele hierfür nannte er die Ausweispflicht, die 100-prozentige Anbindung der Automaten an das Bundesrechnungszentrum, die Förderung von Suchtprävention und die Tatsache, dass sich der jeweilige Automat nach zwei Stunden ausschalte. Dieses Gesetz sei ein wichtiger Schritt, und es sei ihm zuzustimmen.

Abgeordneter Hans Stefan H i n t n e r (VP) betonte, dass Moral nicht teilbar sei und dort, wo es Casinos, Lotto und Lose gebe auch das Spiel auf privater Ebene zugelassen werden müsse. Die Bundesgesetzesvorlage sei auch zum Wohl der niederösterreichischen Landsleute sowie des gesamten Bundeslandes.

Das NÖ Spielautomatengesetz 2011 wurde mit Mehrheit gegen die Stimmen der FP und der Grünen angenommen, der zweite Antrag zur Aufhebung des Gesetzes über die Einhebung von Landeszuschlägen zu den Gebühren des Bundes von Totalisateur- und Buchmacherwetten wurde einstimmig angenommen.

Abgeordneter Martin S c h u s t e r (VP) berichtete zu einem Antrag betreffend **NÖ Landesausstellung 2011 „Erobern – Entdecken – Erleben im Römerland Carnuntum“; Übernahme einer Landeshaftung.**

Abgeordneter Emmerich W e i d e r b a u e r (G) sagte, dass seine Fraktion diesem Antrag sehr gerne zustimmen werde, weil für die Landesausstellung die bestmögliche Absicherung von Nöten sei. Carnuntum bezeichnete er als geschichtsträchtigen Boden, wobei auch die Natur in der Region eine wichtige Rolle spiele. Der Aspekt, dass diese Region früher am Rande Europas, jetzt jedoch in dessen Zentrum liege, sollte im Rahmen der Landesausstellung behandelt werden.

Abgeordneter Benno S u l z b e r g e r (FP) meinte, dass in der Landesausstellung 2011 Natur, Kultur und das Leben der Römer gezeigt werden. Im Namen seiner Fraktion wünschte er für die Landesausstellung 2011 viel Erfolg.

Abgeordnete Christa V l a d y k a (SP) brachte ihre Freude zum Ausdruck, dass ihre Heimatregion den Zuschlag für die Landesausstellung 2011 erhalten hat. Die Ausstellung zeige die über Jahrtausende hinweg erfolgten Veränderungen in der Region, wobei auch technische Entwicklungen beleuchtet würden. Sie brachte zur Kenntnis, dass es im Vorfeld bzw. begleitend zur Landesausstellung bereits eine Fülle von Projekten gebe. Beispiele seien der Bewegungsraum Römerland Carnuntum, zahlreiche Tourismus- und Wirtschaftskooperationen, die Kreation der Regionstracht Römerland Carnuntum, gemeinsame Web-Auftritte von Gemeinden oder auch E-Mobilität als großes Thema etwa in Bruck an der Leitha. Überdies gebe es 30 Schulprojekte und die diversen Gemeinden hätten 140 Einzelevents für 2011 eingebracht. Ihre Fraktion werde der Vorlage gerne die Zustimmung erteilen.

Abgeordnete Erika A d e n s a m e r (VP) meinte, dass es in der Ostregion kaum ein Kind gebe, das während seiner Schulzeit nicht Carnuntum besucht hätte. Heute handle es sich hierbei um einen modernen archäologischen Park und um einen würdigen Ort für die Abhaltung der Landesausstellung 2011. Landesausstellungen seien in Niederösterreich bewährte und erprobte Erfolgsrezepte und brächten für die Regionen nachhaltige Verbesserungen. Auch für das Römerland Carnuntum werde diese Ausstellung wichtige kulturelle Impulse bringen und nachhaltige wirtschaftliche und touristische Aspekte besitzen. Es werde hier auch ein sehr hohes Wertschöpfungspotenzial geben. Und es handle sich bei der Landesausstellung 2011 neuerlich um eine Landesausstellung, die an den Grenzen zu einem Nachbarland abgehalten werde – das Potenzial an Besuchern sei enorm, ebenso gebe es eine Zusammenarbeit mit der Slowakei.

Der Antrag wurde einstimmig angenommen.

Abgeordnete Michaela H i n t e r h o l z e r (VP) berichtete zu einem Antrag betreffend **Landespflegeheim Amstetten, Zu- und Umbau – Projektänderung**.

Abgeordneter Ing. Martin H u b e r (FP) eröffnete die Debatte: Das Vorziehen des dritten Bauabschnittes bei Aufrechterhaltung des Betriebes sei sehr positiv. Beim NÖ Ausbauprogramm dürfe man aber nicht auf die privaten Pflegeheime und die Pflege zu Hause vergessen.

Abgeordneter Ing. Franz G r a t z e r (SP) dankte den bauausführenden Firmen und dem Personal des Heimes und wünschte einen weiteren guten und unfallfreien Verlauf bis zur Fertigstellung 2012.

Abgeordneter Anton K a s s e r (VP) betonte, oberste Priorität sei es, ältere Menschen möglichst lange in den Familien zu belassen. Trotzdem brauche man die Landespflegeheime. Die Betreuung im Landespflegeheim Amstetten sei sehr gut, die kürzere Bauzeit trage auch zu mehr Lebensqualität der BewohnerInnen bei.

Der Antrag wurde einstimmig angenommen.

Abgeordneter Ing. Hermann H a l l e r (VP) berichtete zu einem Antrag betreffend **Änderung des NÖ Landes- und Gemeinde-Verwaltungsabgabengesetzes**.

Der Antrag wurde ohne Wortmeldung mit VP/SP-Mehrheit angenommen.

Die folgenden Tagesordnungspunkte wurden bei getrennter Berichterstattung und Abstimmung gemeinsam behandelt:

- **Änderung der Dienstpragmatik der Landesbeamten 1972 (DPL 1972)**
(Berichterstatter: Abgeordneter Dr. Martin M i c h a l i t s c h , VP)
- **Änderung des Landes-Vertragsbedienstetengesetzes (LVBG)**
(Berichterstatter: Abgeordneter Dr. Martin M i c h a l i t s c h , VP)
- **Änderung des NÖ Landes-Bedienstetengesetzes (NÖ LBG)** (Berichterstatter: Abgeordneter Dr. Martin M i c h a l i t s c h , VP)

- **Änderung des Gesetzes über den Unabhängigen Verwaltungssenat im Land Niederösterreich (NÖ UVSG)** (Berichterstatter: Abgeordneter Dr. Martin Michalitsch, VP)
- **Änderung des NÖ Spitalsärztegesetzes 1992 (NÖ SÄG 1992)** (Berichterstatter: Abgeordneter Dr. Martin Michalitsch, VP)
- **Änderung der NÖ Gemeindebeamtenehaltsordnung 1976 (3. GBGO-Novelle 2010)** (Berichterstatter: Abgeordneter Franz Gartner, SP)
- **Änderung des NÖ Gemeinde-Vertragsbedienstetengesetzes 1976 (3. GVBG-Novelle 2010)** (Berichterstatter: Abgeordneter Franz Gartner, SP)

Abgeordnete Dr. Helga Krismer-Huber (G) brachte zum NÖ Spitalsärztegesetz einen **Resolutionsantrag** ihrer Fraktion ein, der eine Anpassung der durchschnittlichen Wochenarbeitszeit und eine Reform der Besoldung fordert.

Sämtliche Anträge wurden einstimmig angenommen. Der Resolutionsantrag blieb in der Minderheit.

Die folgenden Anträge wurden bei getrennter Berichterstattung (jeweils Abgeordneter Benno Sulzberger, FP) und Abstimmung gemeinsam behandelt, die Ausschuss-Anträge lauten jeweils auf Ablehnung:

- **Neuordnung des Pensionssystems, insbesondere der Hacklerregelung**
- **keine Erhöhung der Mineralölsteuer im Bundesbudget 2011**
- **Einführung einer Bankenabgabe – eine neue Massensteuer**
- **Familienbeihilfe und Mehrkindzuschlag müssen in der bisherigen Form erhalten bleiben!**
- **keine Abschaffung des Alleinverdienerabsetzbetrages.**
- **Unterstützung für unsere Familien – Schulstartgeld wieder einführen**
- **keine Studiengebühren – stattdessen Beibehaltung der Familienbeihilfe.**
- **keine Herabsetzung der Pflegestufen**

Klubobmann Gottfried W a l d h ä u s l (FP) eröffnete die Debatte: Während sich die Familien auf das Weihnachtsfest vorbereiteten, saniere die Bundesregierung ihr Budget auf dem Rücken dieser Familien. Das sei in der Geschichte der Zweiten Republik noch nie da gewesen. Er meinte, die FP habe sich in den letzten Jahren mit zahlreichen Initiativen immer für die Familien eingesetzt. Es sei traurig, dass Österreich gerade bei den Familien sparen müsse. Die Volksvertreter und die Mandatare des Landtages hätten die Verpflichtung, Familien mehr zu unterstützen.

Abgeordnete Christa V l a d y k a (SP) sagte, laut Angaben bzw. Erhebungen der Europäischen Kommission zähle Österreich zu jenen Ländern, die ein sozial ausgewogenes Budget ausweisen. Andere Länder in der Europäischen Union hätten auf Grund der Finanzkrise ein viel größeres Sparpaket beschließen müssen. Eine effektive Arbeitsmarktpolitik sei für die SP maßgeblich zur Armutsbekämpfung. Die bedarfsorientierte Mindestsicherung, der Kinderfreibetrag, die Schülerbeihilfe, die 24-Stunden-Pflege und die 13. Familienbeihilfe seien wesentliche Verbesserungen in der jüngsten Zeit für ärmere Bürger und Familien gewesen und wichtige Maßnahmen, damit die Menschen nicht unter die Armutsgrenze fallen. Überdies habe Österreich die niedrigste Arbeitslosenquote in der Europäischen Union.

Abgeordneter Ing. Martin H u b e r (FP) erklärte, Österreich solle sich mit den Spitzen der europäischen Länder vergleichen und nicht mit Portugal, Griechenland oder Irland. Das aktuelle Sparpaket belaste die Familien mit über 300 Millionen Euro. In diesem Rahmen wurden u. a. der Mehrkindzuschlag ab dem dritten Kind gestrichen und die Familienbeihilfe gekürzt. Eine offensive Familien- und Bildungspolitik sei für die Zukunft eines Landes wichtig.

Abgeordneter Günter K r a f t (SP) meldete sich zur Hacklerregelung und zum Alleinverdienerabsetzbetrag zu Wort. Gerade junge Menschen brauchten Zuversicht und Vertrauen und keine Verunsicherung, wie dies von der FP betrieben werde.

Wichtig für Familien mit Kindern sei vor allem der Ausbau von Kinderbetreuungseinrichtungen, was vor allem Müttern zugute komme und die Vereinbarkeit von Familie und Beruf erleichtere.

Abgeordneter Edmund T a u c h n e r (FP) forderte, dass die 13. Familienbeihilfe vollständig erhalten bleibe und die NÖ Schulstarthilfe wieder eingeführt werde. In diesem Zusammenhang brachte er gemeinsam mit den Abgeordneten Waldhäusl, Königsberger, Ing. Huber, Hafenecker und Sulzberger einen **Resolutionsantrag** gegen die Verlängerung der Fertigstellungsfrist bei „Barrierefreiheit in öffentlichen Gebäuden und Verkehrsmitteln“ von 2016 bis 2020 ein.

Abgeordneter Emmerich W e i d e r b a u e r (G) kritisierte einerseits die Argumente der FP als „zu wenig konstruktiv“ und andererseits das von der Regierungskoalition in Wien beschlossene Budget als „zu wenig visionär“. Die Grünen seien gegen soziale Ungerechtigkeit und Sparen bei der Bildung. Überdies brauche das Land ein gerechtes Pensionssystem inklusive einer Regelung für Schwerarbeiter. Die Erhöhung der Mineralölsteuer bezeichnete er als sinnvoll und als wichtigen Steuerungsmechanismus. Mehr Kinder im Land könne es nur geben, wenn auch der Ausbau der Betreuungsplätze für Kinder forciert werde. Zudem forderte er die Wiedereinführung des Schulstartgeldes in Form von Sachgutscheinen. Von den ÖBB verlangte er, dass Schaffner auch in Zukunft Fahrscheine verkaufen dürfen.

Abgeordneter Christian H a f e n e c k e r (FP) ging auf die Hacklerregelung ein und betonte, 45 Jahre seien genug für einen arbeitenden Menschen.

Abgeordneter Erich K ö n i g s b e r g e r (FP) bezeichnete das Budget des Bundes als „unsozial und familienfeindlich“. Es komme eine Belastungswave auf die Menschen zu. Die Erhöhung der Mineralölsteuer treffe die Klein- und Mittelverdiener. Die Erhöhung der Pendlerpauschale bringe den Menschen nichts.

Abgeordnete Heidemaria O n o d i (SP) sagte, dass es wichtig gewesen sei, Änderungen bei der Pflegestufe 1 und 2 vorzunehmen und bei der Pflegestufe 6 eine Erhöhung durchzuführen. Das Pflegegeld sei eine wertvolle Einrichtung und Errungenschaft. Besonders wichtig sei auch die duale Begutachtung.

Abgeordneter Mag. Kurt H a c k l (VP) meinte, die Anträge der FP verursachten eine Menge Kosten und gefährdeten die Budgetkonsolidierung. Kein einziger Antrag enthalte konkrete Vorschläge für die Finanzierung. Beim Mehrkindzuschlag, bei den Studenten oder auch bei der Familienbeihilfe seien Verbesserungen erreicht worden, die den Familien zugute kommen würden.

Sämtliche auf Ablehnung lautende Anträge wurden mehrheitlich angenommen.

Abgeordneter Edmund T a u c h n e r (FP) berichtete zu einem Antrag mit Gesetzentwurf der Abgeordneten DI Eigner, Rosenmaier, Waldhäusl u. a. betreffend **Änderung der NÖ Bauordnung 1996.**

Abgeordnete Dr. Helga K r i s m e r - H u b e r (G) brachte zu Beginn ihrer Stellungnahme einen **Resolutionsantrag** betreffend Aufnahme der Verpflichtung zur Herstellung von Abstellanlagen für Fahrräder in die NÖ Bauordnung ein.

Klubobmann Gottfried W a l d h ä u s l (FP) hielt im Zusammenhang mit der Änderung der Bauordnung fest, dass Tausende Förderwerber nunmehr „in der Luft hängen“ und es hinsichtlich der Wohnungsförderungsrichtlinien zu massiven Schlechterstellungen komme. Er brachte einen **Resolutionsantrag** gemeinsam mit DI Eigner, Mag. Leichtfried und Dr. Krismer-Huber betreffend Förderung von Photovoltaikanlagen ein. Den zuvor von den Grünen eingebrachten Antrag werde seine Fraktion nicht unterstützen, da dieser eine Forderung beinhalte, die andernorts bereits verankert sei.

Klubobmann Mag. Günther L e i c h t f r i e d (SP) ging ebenso auf das Thema Förderung von Photovoltaikanlagen ein und kritisierte, dass die Förderwerber hier

künftig Darlehen aufnehmen müssten. Damit seien keine Energiewende und auch keine Ökologisierung einzuleiten. Es sei der falsche Weg, bei der Ökologisierung des Energiesystems zu sparen. Gemeinsam mit dem Abgeordneten Waldhäusl brachte er einen **Resolutionsantrag** betreffend Förderung von Solar-, Photovoltaikanlagen und Wärmepumpen ein.

Abgeordneter DI Willibald E i g n e r (VP) ging ebenfalls auf den Resolutionsantrag der Grünen ein. Diese Sache habe man bereits am 7. Oktober im Landtag behandelt, beim neuen Antrag der Grünen blieben viele Punkte offen, die Umsetzung vieler Punkte sei oft nicht möglich. Zum Resolutionsantrag der SP meinte er, dass die Landesregierung die entsprechenden Regelungen bewusst von Einmal- auf längerfristige Zuschüsse umgestellt habe, weil mit Einzelmaßnahmen nicht der gewünschte Zweck erfüllt würde. Allerdings würden Einzelmaßnahmen auch künftig, wenn auch in geringerem Umfang, gefördert.

Abgeordnete Dr. Helga K r i s m e r - H u b e r (G) meinte, dass es in diesem Zusammenhang zuletzt viele Unsicherheiten gegeben habe. Die Forderungen von SP und FP bezeichnete sie als ein „Reinwaschen“. Den beiden Resolutionsanträgen werde sie zustimmen, aber nicht beitreten.

Der Abänderungsantrag der Grünen (Abstellanlagen für Fahrräder) erhielt nicht die notwendige Unterstützung. Die Änderung der NÖ Bauordnung 1996 wurde mit den Stimmen von VP, SP und FP angenommen. Der Resolutionsantrag der Abgeordneten Waldhäusl, Eigner, Leichtfried und Krismer-Huber (Förderung Photovoltaikanlagen) wurde einstimmig angenommen, der Resolutionsantrag Leichtfried und Waldhäusl (Förderung von Solar-, Photovoltaikanlagen und Wärmepumpen) wurde abgelehnt.

Präsident Ing. Hans P e n z (VP) bezeichnete das zurückliegende Jahr als ein arbeitsreiches und bewegtes. Die Abgeordneten zum NÖ Landtag hätten auch in

diesem Jahr mit ihrem Engagement sowie mit ihren Resolutionen und Beschlüssen dazu beigetragen, dass der Landtag als Schaltstelle der niederösterreichischen Politik wahrgenommen wird. Wichtige Weichenstellungen habe es bereits in den ersten Wochen des zurückliegenden Jahres gegeben. So hätten die BürgerInnen in der Land- und Forstwirtschaft bzw. die Wirtschaftstreibenden ihre Interessensvertreter gewählt. Im März wären zudem in 568 von 573 Gemeinden Niederösterreichs die Gemeinde- und Stadträte neu gewählt worden. Diese Weichenstellungen seien Ausdruck des Vertrauens in die genannten Institutionen. Er erinnerte außerdem den Vorsitz in der Landeshauptleute-Konferenz und im Bundesrat sowie daran, dass Niederösterreich 2010 neuerlich als starkes Sprachrohr der Bundesländer fungiert habe. Mit der Europa-Konferenz habe Niederösterreich sich außerdem einmal mehr als engagierter Vorreiter für den Föderalismus präsentiert. In diesem Sinne sei es auch künftig nötig, für mehr Bürgernähe und Effizienz einzutreten und das Vertrauen der Bürgerinnen und Bürger in das Landesparlament zu rechtfertigen.

Schluss der Sitzung!